



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die Parteien und die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Sonne scheine, kein Fremder Japan betreten solle, selbst nicht als Gesandter und Kuca, den Fürsten der japanischen Götter oder den Christengott, selbst nicht ausgenommen, die sonst ebenso grausam oder noch viel grausamer behandelt werden sollten. — Die Holländer, die einzigen Fremden, welche sich noch in Japan hielten, wurden zuerst nach der Insel Firando gewiesen, wo sie eine Factorei errichteten; später aber ward im Hafen von Nangasacki die Insel Dezima künstlich erbaut, auf der die holländische Compagnie, auf die Zahl von sieben Personen beschränkt, bis heute ein Leben halber Gefangenschaft führt. Daß für Japan selbst diese gänzliche Absperrung von der Welt von großem Vortheil war, läßt sich nicht leugnen. Der Siogoun befestigte sich, Parteiwichtigkeiten hörten auf, die Sitten wurden durch das Abschneiden alles fremden Einflusses vereinfacht und, den Gesetzen mehr Nachdruck zu geben, ward das ganze Land mit einem so vollkommenen Spionirsystem umringt, daß ein fernerer Bürgerkrieg beinahe unmöglich ward.

### Die Parteien und die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten.

Der gegenwärtige, in seinem letzten Amtsjahre stehende Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. Pierce, hat während seiner Präsidentschaft nur das eine Ziel im Auge gehabt, seine Wiederwahl zu sichern, und alle seine politischen Handlungen mußten sich dieser Rücksicht unterordnen. Als Staatsmann ein im höchsten Grade unbedeutender Mann und ohne alle politischen Principien, suchte er nacheinander mit jeder Partei zu liebäugeln, die für den Augenblick die Oberhand zu gewinnen schien, und begünstigte gestern die Demokraten, heute die Knownothings und die Whigs und dann wieder die Demokraten, und wählte noch dazu mit der angeborenen Scheu der Mittelmäßigkeit vor bedeutendern Charakteren nur die untergeordneten und zum Theil anrühigen Werkzeuge zu seinen Stützen und Günstlingen. Zuletzt fiel er ganz in die Gewalt der Sklavenhalter und Flibustier, erweiterte durch sein parteiisches Benehmen in der Kansasfrage den schon bestehenden Riß zwischen dem Süden und Norden, zeigte durch den Leichtsin, mit welchem er die Differenzen mit England fast bis zum Bruche trieb, wie wenig er auf die großen Interessen des Landes Rücksicht nahm, wenn es seine persönlichen Zwecke zu fördern galt und verschlimmerte durch seine nach allen Seiten hin gezeigte Schwäche die Krisis, in der sich gegenwärtig die Union befindet.

In der That treten vor der drohenden Gestalt, welche durch den Conflict in Kansas die Sklavenfrage angenommen hat, alle andern Fragen in den

Hintergrund. Schon seit der Beendigung des letzten Kriegs mit England ringt der Sklavenbesitzende Süden mit dem der freien Arbeit zugethanen Norden um das Uebergewicht, und Schritt für Schritt ist ersterer seinem Ziele näher gekommen, denn er weiß zwei mächtige Hebel für sich in Bewegung zu setzen. Die durch Sklavenwirtschaft bedingte Baumwollenproduction liefert den Hauptausfuhrartikel der Union und das Baumwolleninteresse führt die großen Handelsstädte des Nordens in die Reihen der Sklavenhalterpartei. Der andere Hebel ist ideellerer Natur, indem der Süden, wenn er sich in seinen materiellen Interessen bedroht sieht, stets auf die Auflösung der Union provocirt und damit die Patrioten bedenklich macht oder gar für sich gewinnt. Auch hat er eine geschlossnere Organisation und ein einfacheres Programm für sich und das Bestreben, durch Anneration der angrenzenden Creolenstaaten das Areal der Sklavenbesitzenden Gebiete zu erweitern, führt ihm nicht bloß die unruhigen und abenteuerungsfüchtigen Geister, sondern auch alle die Ehrgeizigen zu, welche der Plan erfüllt, die Vereinigten Staaten zum beherrschenden Staat des ganzen amerikanischen Continents zu machen. Daher hat sich der Norden seit langen Jahren auf die Abwehr beschränken müssen. Nur die Macht der Verhältnisse hat er für sich, indem die Einwanderung fast ausschließlich in die freien Staaten strömt, während sie den Sklavenhaltenden Staaten so gut wie ganz fremd bleibt. Erstere besaßen seit der Aufnahme von Californien in die Union die Majorität im Senat und hatten auch noch Aussicht, sie durch die täglich an Bevölkerung zunehmenden Gebiete Minesota und Oregon verstärkt zu sehen. Der Süden hatte dagegen kein andres Erweiterungsfeld, als Texas, und das Vorrücken der Sklaverei gegen Norden war durch das Missouri-compromiß gehemmt, welches die Sklaverei auf die Gebiete südlich vom  $36\frac{1}{2}$  Breitengrade beschränkte. Dies Gesetz war den Bemühungen des patriotischen Staatsmanns Clay zu verdanken, welcher, als zum letzten Male die Sklavenfrage die Eintracht der Union zu stören drohte, dadurch ein Ausgleichungsmittel zwischen den streitenden Interessen gefunden zu haben glaubte. Er hoffte damit Frieden zwischen den Sklavenhaltern und den Freibodenmännern zu schließen, aber erlangte bloß einen Waffenstillstand. Die Sklavenhalter ruhten nicht in ihrer Agitation und setzten zuerst das die Gewissen der Abolitionisten verletzende Gesetz durch, welches den Haftbefehlen der Behörden der südlichen Staaten gegen flüchtige Sklaven auch in den nördlichen Kraft verlieh und die Behörden der letztern zwang, sie auszuführen. Dann gelang es ihnen 1854 auch, das Missouri-compromiß insofern zu beseitigen, als es in den neugegründeten Gebieten Kansas und Nebraska nördlich vom  $36\frac{1}{2}$  Breitengrad den Bewohnern derselben freigestellt wurde, ob sie trotz des ursprünglichen Verbots die Sklaverei einführen wollten. Im Anfang schien das neue Gesetz gegen die Sklavenhalter auszusprechen, denn der Norden hatte mehr Einwanderungsboten. III. 1856.

derer zu seiner Verfügung, und die Zahl der Freibodenmänner in dem offenen Gebiet wuchs von Tag zu Tage. So leicht ließ sich jedoch der Süden den Sieg nicht aus den Händen winden. Als am 30. März vorigen Jahres die erste Territoriallegislatur im Kansas gewählt werden sollte, drangen ganze Haufen Bewaffneter aus dem angrenzenden Sklavenstaat Missouri in das Gebiet, besetzten die Wahlbühnen, hinderten mit Gewalt die stimmberechtigten Bewohner am Abstimmen, maßten sich selbst das Wahlrecht an und wählten lauter der Sklavensache günstige Abgeordnete. Seit dieser Zeit übte die Partei der Sklavenhalter in dem Kansasgebiete einen vollständigen Terrorismus aus, erließ ein Gesetz über die Einführung der Sklaverei und ein anderes, welches die Todesstrafe auf Aufreizung der Sklaven zur Flucht setzte. Dies gewalthätige Verfahren billigte die Majorität des Congresses vollständig und Präsident Pierce verweigerte den in ihren republikanischen Rechten gekränkten Bewohnern von Kansas jeden gesetzlichen Schutz. Die Freibodenpartei ließ sich noch nicht entmuthigen. Sie wählte einen Abgeordneten für den Congress, dem die Eindringlinge aus Missouri einen andern entgegenstellten, die nun beide auf ihren Sitz Anspruch machten. Die Frage, welcher von beiden zugelassen werden sollte, wurde erst vor ganz kurzem nach langen Verhandlungen und nachdem es lange geschienen hatte, als ob sich der Sieg auf die Seite der Sklavenhalterpartei wenden würde, durch ein Compromiß entschieden, indem man eine neue Wahl anordnete. Der Präsident aber trat sehr entschieden für den Süden auf. Bereits gegen Ablauf des vorigen Jahres unternahmen die Missourier, wohl tausend Mann stark, einen förmlichen Kriegszug gegen die Hauptstadt der Freibodenpartei Lawrence, mußten aber unverrichteter Sache wieder umkehren, da die Angegriffnen sich auf jeden Widerstand vorbereitet zeigten. Seitdem aber sind ihre Aussichten besser geworden, denn die vom Präsidenten ernannten Vollziehungs- und Verwaltungsbeamten des Territoriums schreiten gegen die Freibodenmänner, die eigentlichen Bewohner von Kansas, als Widerspenstige gegen das Gesetz ein, obgleich sie allen Bundesgesetzen und Bundesbehörden sich willig unterwarfen und nur die Verordnungen nicht anerkennen wollten, welche die gar nicht in das Gebiet gehörenden Missourier eigenmächtig erlassen haben und mit Waffengewalt durchzusetzen bereit sind. Der Präsident aber hat diese Verordnungen für vollkommen legal erklärt und einige Schwadronen Dragoner zu den aus zusammengelaufenem Gefindel aus den südlichen Staaten bestehenden Milizen der Sklavenhalterpartei stoßen lassen, um die Widerspenstigen, die nur ihre bürgerlichen Rechte gegen rohe Gewalt vertheidigen, zum Gehorsam zu bringen. In der That erschien am 21. April eine Compagnie Reittener vor Lawrence, die alsbald auf 400 Mann verstärkt wurden, und unter dem Befehl des Vereinigten Staatenmarschalls (Chef der Executivpolizei) Donaldson stand. So wenig

waren die Bürger geneigt Widerstand zu leisten, daß sie sofort den Marschall schriftlich in allem ihre Unterwerfung anboten, wenn er sie nur in Leben und Eigenthum schütze. Ohne darauf zu antworten, schickte der Marschall einen seiner Unterbeamten mit 10 Mann in die Stadt, welcher zwei der Antisklavereipartei angehörige Bürger verhaftete, ohne dabei gestört zu werden, und in aller Ruhe wieder die Stadt verließ. Bald darauf erschien der Sheriff Jones in der Stadt, ebenfalls mit einem bewaffneten Gefolge von 18 Mann, und verlangte die Auslieferung der Waffen. So wehrlos wollten jedoch die Bürger nicht bleiben: sie behielten ihre Privatwaffen und lieferten nur eine Kanone aus. Mit dieser Beute entfernte sich der Sheriff und kehrte ohngefähr nach einer Stunde mit Verstärkung von zwei Geschützen zurück, worauf er das Freistaathotel und die Druckerei der Antisklavereizeitung des Herald of Freedom zu beschießen anfang. Es gelang ihm auch, beide Häuser und die Druckerei vollständig zu zerstören. Die Einwohner aber verließen die Stadt und seitdem sind ihnen nun ebenfalls bewaffnete Scharen aus den benachbarten freien Staaten zu Hilfe gekommen, und der Bürgerkrieg steht in schönster Blüte. Jeden Tag erfährt man von Plänkereien und Gefechten, wobei bald 8, bald 12, bald 3 Todte geblieben sind, und die einzelnen Ueberfälle und Meuchelmorde sind gar nicht aufzuzählen. Linienmilitär und Freicorps aus den südlichen Staaten werden vom Präsidenten Pierce dazu verwendet, um die Bewohner des Territoriums zur Annahme der Sklaverei zu zwingen, und diese wehren sich, so gut es gehen will, ihrer Haut.

Dieses gewalthätige, den Grundprincipien der Republik, wie sie unter Washington und seinen großen Nachfolgern war, aber leider nicht mehr ist, hohnsprechende Verfahren und die Scham über den Abfall von diesen großen Principien, welche die Republik ins Dasein gerufen und mächtig gemacht haben, haben zur Bildung einer neuen Partei geführt, welche sich die der Republikaner nennt, und die als geschlossene Partei den in der letzten Zeit allmächtigen Demokraten gegenübersteht. Daß der Congress in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung durchaus ungeeignet ist, die Kansasfrage auf eine die Gefühle des Nordens versöhnende Weise zu lösen, führt diesen Republikanern auch aus den Reihen der Demokraten manche von den Verständigern, welche fühlen, daß das bisherige nur auf die Sklaveninteressen des Südens Rücksicht nehmende Verfahren der demokratischen Partei die Union über kurz oder lang sprengen muß, als Anhänger zu. Selbst die herrschende Partei ist schüchtern geworden. Sie hatte durch den Senator Douglas im Senat eine Bill eingebracht, welche die Einführung der Sklaverei in Kansas sicherte. Der Senat nahm diese Bill auch an, aber das Repräsentantenhaus entschied sich für eine andere Kansasbill, welche dem Gebiet eine Freistaatenverfassung gab. Dieses Gesetz wurde im Senat durch Substituierung der Bill von Douglas

amendirt und in dieser Gestalt wieder an das Repräsentantenhaus zurückgeschickt. Wahrscheinlich aber wird man zu gar keinem Beschluß kommen, denn die demokratische Partei wagt weder sich offen für die im Senat eingebrachte Bill auszusprechen, weil sie dadurch im Norden, wo die Vorfälle in Kansas die größte Aufregung hervorgebracht haben, um einen großen Theil ihres Einflusses zu kommen fürchtet, noch auf der andern Seite für die Freistaatenbill zu stimmen, weil dann der Süden von ihr abfallen würde.

Diese beiden Parteien, die für die Sklaverei und die erwerbenden Tendenzen des Südens auftretenden Demokraten und die neugebildete Partei der Republikaner sind es, welche bei der Präsidentenwahl eigentlich um den Sieg miteinander kämpfen, und die andern können nur zur Geltung kommen, wenn sie sich einem dieser großen Heerlager anschließen. Der demokratische Nationalconvent hat am 6. Juni in Cincinnati seinen Candidaten für die Präsidentschaft erwählt und zwar in der Person des Herrn James Buchanan, bis vor kurzem noch Gesandter der Vereinigten Staaten in London. Pierce ist ganz bei Seite gesetzt und steht sich so um die Frucht seiner Mühen betrogen, mit denen er im Innern die Verwirrung gemehrt und nach außen das Ansehen der Union vermindert hat. Aber auch den angesehensten Führer der Partei des Südens, den zugleich heftigsten und fähigsten Vertheidiger der Interessen der Sklavenhalter, den Senator Douglas, hat man übergangen, um die demokratische Partei im Norden nicht noch unpopulärer zu machen, als sie bereits ist. Gerade der Umstand, daß Buchanan keinen directen Antheil an dem Erlaß des den Missouri Compromiß beseitigenden Nebraskagesetzes gehabt hatte, indem er sich damals in England befand, hat für ihn entschieden. Der Süden stimmte anfangs für Douglas oder Pierce, weil es in dem erstern einen leidenschaftlichen Partisan, in dem andern ein willenloses Werkzeug gefunden. Aber da der Süden seinen Candidaten nur mit der Unterstützung wenigstens eines der größern nördlichen Staaten durchsetzen kann, so mußte man sich zuletzt für Buchanan entscheiden, der Aussicht hat, die 31 Wahlstimmen von Pennsylvanien auf seiner Seite zu haben. Aber wenn man auch in der Personenfrage einige Rücksichten auf die Antipathien des Nordens genommen hat, so ist doch das Programm nicht weniger entschieden für die Principien des Südens ausgefallen. Es beseitigt das Missouri Compromiß, das bei Erlaß des Nebraskagesetzes nur für den einen Fall bei Seite gesetzt war, ein für alle Mal, indem es auf das nachdrücklichste den Grundsatz ausspricht, daß fortan in keinem dem Bunde als solchem gehörenden Territorium die Sklaverei von bundeswegen verboten werden darf und eröffnet dadurch den Bestrebungen des Südens, das Areal der Sklavenstaaten nach Norden zu erweitern, ein weites Feld. Selbst das Verfahren des Präsidenten Pierce in Kansas wird, wenn auch nur verdeckt, gebilligt. Was die Fragen der auswärtigen Politik betrifft, so

genügte es fast, daran zu erinnern, daß Buchanan vor zwei Jahren die amerikanischen Gesandten in Madrid, Paris und dem Haag auf der berühmten Conferenz in Ostende zu dem Beschlusse bewog, daß es nächster und nothwendigster Zweck der amerikanischen Politik und heiligster Beruf der amerikanischen Staatsmänner sei, Spanien mit Güte oder Gewalt zum Abtreten von Cuba zu nöthigen. Er war es auch, der die versöhnlichen Anerbietungen Lord Clarendons wegen der centralamerikanischen Differenzen von der Hand wies und den Streit am liebsten zu einer gewaltsamen Lösung gedrängt hätte. Denselben Geist athmet das Programm, auf das er sich verpflichtet hat. Ziemlich großsprecherisch heißt es in demselben: 1) Die Zeit ist gekommen, wo das Volk der Vereinigten Staaten sich für die Freiheit der Meere und den Fortschritt des freien Handels in der ganzen Welt erklären muß. 2) Unsrer geographischen, politischen und Handelsinteressen, so wie unsrer zunehmende Machtentwicklung erheischen, daß wir unverbrüchlich an der Monroedoctrin (Nichtzulassung der Einmischung irgend einer europäischen Macht in die Angelegenheiten Nord- und Südamerikas) festhalten und sie mit unbeugsamer Strenge zur Anwendung bringen. 3) Daß die von der Natur vorgezeichnete Verbindungsstraße zwischen dem atlantischen und stillen Meere ungefährdet werde, dazu bedarf es rechtzeitiger kräftiger Bemühungen und einer Controle über die Regierungen der Staaten, innerhalb deren sie liegt. Wir können unter keinen Umständen unser Uebergewicht in der Beilegung aller sich daraus ergebenden Fragen aufgeben. 4) Angesichts dieser großen Interessen kann das Volk der Vereinigten Staaten dem von Centralamerika für dessen Bemühungen, den Theil des Landes zu regeneriren, durch welchen die interoceanische Verbindungsstraße läuft, nur seine herzlichste Theilnahme ausdrücken. 5) Die demokratische Partei erwartet von der nächsten Administration, daß sie alles aufbietet wird, um den Vereinigten Staaten ein maßgebendes Uebergewicht im merikanischen Meerbusen zu sichern und den großen Wasserstraßen, auf welchen unsre Producte in jenes große Meeresbecken geführt werden, einen dauernden Schutz zu verschaffen. Kürzer gefaßt heißt dies, daß die demokratische Partei Mittelamerika und Cuba für die Vereinigten Staaten erobern will. Zugleich stellt dies Programm auch die Ziele der jetzigen, ebenfalls unter dem ausschließlichen Einfluß der demokratischen Partei stehenden Regierung in den Verhandlungen mit England wegen der centralamerikanischen Differenz ins hellste Licht und beweist, was schon früher in diesem Blatt behauptet worden ist, daß nicht England der angreifende Theil war, sondern daß die Klagen Amerikas über die Verletzung des Clayton-Bulwerschen Vertrags von Seiten Englands nur eine Heuchelei der amerikanischen Staatsmänner waren, um selbst einen Vorwand zu haben, den Vertrag zum eignen Nutzen zu verletzen. Es mag im Interesse der Vereinigten Staaten liegen, im aus-

schließlichen Besitz der wichtigen Verkehrsstraße zwischen dem merikanischen Golf und dem stillen Ocean zu sein, aber im Interesse des europäischen Handels liegt es gewiß nicht, und es ist eine Albernheit europäischer Publicisten, sich darüber mit der „manifest destiny“ (der offenbaren Bestimmung) des amerikanischen Volks, ganz Amerika zu beherrschen, zu trösten, wie es nicht weniger albern wäre, die Abwehr russischer Uebergriffe wegen des angeblichen ausschließlichen Berufs der Slawen zur Weltherrschaft zu unterlassen.

Daß die von der demokratischen Partei angestrebte Eroberungspolitik die Entwicklung der Union in ganz neue, den republikanischen Institutionen keineswegs vortheilhafte Bahnen lenken muß, daß die Einverleibung neuer Creolenstaaten sie zwar größer, aber keineswegs mächtiger zu machen verspricht und daß alsdann das Uebergewicht des Südens erdrückend auf die freien Institutionen des Nordens wirken würde, das sieht die republikanische Partei vollkommen ein und ihr Programm erklärt sich sehr entschieden gegen die oben erwähnten Grundsätze der Demokraten. Es stellt folgende Sätze auf: 1) Rückkehr zu den Grundsätzen der Stifter des Staatenbundes; Wahrung der Landesstaatsrechte, aber nicht auf Kosten des republikanischen Charakters der Staatengesamtheit. 2) Auf keinem Gebiet, über welches der Bund als solcher die Oberhoheit hat (Territorien), darf jemals die Sklaverei eingeführt werden. Der Congress hat das Recht und die Pflicht auf Bundesgebiet die Sklaverei und die Vielweiberei zu verbieten. 3) Für die an dem Volk von Kansas verübten Verbrechen ist der Präsident Pierce, seine Rathgeber und Helfershelfer verantwortlich und es ist unser fester Entschluß, sie dafür zu züchtigen. 4) Sofortige Aufnahme von Kansas als nicht sklavenhaltender Staat in den Bund. 5) Der von der ostender Conferenz (Buchanan u. a., Gesandter der Vereinigten Staaten) aufgestellte Banditengrundsatz, daß Gewalt Recht ist, war der amerikanischen Diplomatie unwürdig und würde jede Regierung und jedes Volk, die ihn anerkennen, mit Schande überhäufen (also gegen die Eroberung von Cuba, Mexiko oder Centralamerika). 6) Sofortige Anlage einer Eisenbahn nach dem stillen Meere aus Bundesmitteln. 7) Der Congress hat die Befugniß, Correctionen von Flüssen und Häfen und sonstige innere Meliorationen zur Erleichterung und Sicherung des Verkehrs aus Bundesmitteln zu veranstalten. 8) Wir erklären uns mit Entschiedenheit gegen jede Art von Gesetzgebung, welche die allen Bürgern gewährleistete Rechtsgleichheit und Gewissensfreiheit nur im entferntesten beeinträchtigen. Zu ihrem Candidaten hat diese Partei den Obersten Fremont, den kühnen Durchforscher des Felsengebirges erwählt, der den großen Vortheil für sich hat, daß er, dem alltäglichen politischen Treiben fernstehend, sich freier von lästigen Verpflichtungen fühlt, als andre Candidaten und dessen Candidatur sehr rasch an Popularität gewonnen hat. Gegenwärtig scheint ihm die Majorität schon gesichert zu sein und Buchanan

würde nur über ihn siegen, wenn zwei große nördliche Staaten für ihn stimmten. Was die Knownothings betrifft, so hat ihre Macht ebenso rasch abgenommen, wie sie im vorigen Jahr emporgestiegen war und sie selbst haben sich, je nachdem sie für oder gegen die Sklaverei sind, in zwei Fractionen gespalten, von denen die erstere Mr. Fillmore, die andre Nathaniel Banks als Candidaten aufgestellt. Da sich aber sowol das Programm der republikanischen Partei in seinen letzten Paragraphen, wie das der Demokraten gegen sie ausgesprochen hat, so ist für sie keine Aussicht vorhanden, bei der Wahl obzusteigen. Die alten Whigs sind ganz zerfallen und haben sich theils den Knownothings, theils den Republikanern angeschlossen. So schwebt die Entscheidung zwischen Buchanan und Fremont, doch hat die demokratische Partei noch die Chance einer unentschiedenen Wahl für sich.

### Literatur.

La paix de Paris est-elle une paix solide? Par un ancien diplomate. Bruxelles, Vanbuggenhoudt. — Der Verfasser geht vom russischen Standpunkt aus, obgleich einige seiner Ansichten mit dem herrschenden russischen System wol schwerlich übereinstimmen. So spricht er sich einmal mit großer Vorliebe für den Protestantismus aus und tadelt den Kaiser Nikolaus sehr lebhaft, daß er über dem einseitigen Streben nach einer absolutistischen Centralisation versäumt habe, die wirksamen Hebel der russischen Staatskraft in Bewegung zu setzen. Das Gefühl von dem großen Irrthum seines Lebens habe dem Kaiser den Tod gebracht. — Wenn sehr viele von den hier ausgesprochenen Ansichten theils unhaltbar, theils augenscheinlich in tendenziöser Absicht erfunden sind, so läßt sich doch nicht leugnen, daß manche richtige Bemerkungen sich darin vorfinden. Von dem gegenwärtigen Frieden haben nach der Ansicht des Verfassers nur Frankreich und Oestreich realen Gewinn gezogen. Dem Kaiser der Franzosen kam es ausschließlich darauf an, einmal sein ruhmbedürftiges Volk für Waterloo zu entschädigen, sodann sich selbst als mächtigen Monarchen in die Reihe der legitimen Fürsten einzuführen. Beide Absichten sind aufs glänzendste erreicht worden, und es ist jetzt nicht mehr daran zu denken, daß der Kaiser noch einmal sich auf ein Unternehmen mit einem bloß idealen Zweck ohne materiellen Gewinn einlassen werde; mit andern Worten, das Bündniß zwischen England und Frankreich ist fortan eine Unmöglichkeit. — Oestreich hatte den doppelten Zweck, in den Donauprovinzen gegen Rußland freie Hand zu gewinnen, und durch das Bündniß mit den Westmächten sich den Besitz Italiens zu sichern. Beides ist wiederum erreicht, freilich mit nicht unbedeutenden Opfern, denn Oestreich hat sich Deutschland entfremdet und Rußland zum Feinde gemacht, und zwar in einer Weise, daß über kurz oder lang der Bruch nicht zu vermeiden sein wird. — Sardinien hat keinen andern Gewinn gehabt, als daß der Graf Cavour sich unter die Diplomaten der Großmächte setzen durfte, und daß